

Dokumentation

Berichtszeitraum
Juni – Juli 2005

Außenpolitik

Karsten Giese

1 Gemeinsam mit Russland gegen die USA

Ende Juni, Anfang Juli besiegelten der chinesische Präsident Hu Jintao und sein russischer Amtskollege Putin in Moskau endgültig das Ende aller territorialen Konflikte zwischen beiden Ländern. Noch nicht endgültig geklärt ist der Umgang mit den Schulden aus der Zeit der Sowjetunion, aber ansonsten stehen der Fortentwicklung der strategischen Partnerschaft der beiden Staaten nunmehr keinerlei Erblasten mehr im Wege.

Gemeinsam ist beiden Staaten derzeit die Sorge um den im Zuge der internationalen Kampagne gegen den Terrorismus gewachsene Einfluss in Zentralasien. Ein Dorn im Auge sind sowohl Putin als auch Hu die in Kirgisien und Usbekistan stationierten US-Truppen und deren fortgesetzter Einsatz in Afghanistan. Allerdings vermieden beide es lange tunlichst, den Gegner namentlich zu benennen. In einer gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des Besuchs Hu Jintaos warnten beide Länder vielmehr vor der Dominanz der Weltpolitik durch einen einzelnen Staat. Sie bekundeten im Ge-

genzug, sich gemeinsam für den Aufbau einer neuen alternativen Weltordnung einsetzen zu wollen.

In der Deklaration werden alle Aktivitäten verurteilt, die die Teilung oder Zersplitterung souveräner Staaten zum Ziel hätten bzw. anderen Staaten bestimmte politische Modelle aufzwingen. Einig waren sich beide Staatsmänner in diesem Zusammenhang auch in der Beurteilung der Taiwan- sowie der Tschetschenien-Frage. Aber auch die Verteidigung der Menschenrechte müsse immer auf der Basis der uneingeschränkten Anerkennung staatlicher Souveränität erfolgen und auf dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten beruhen. Grundsätzlich sei die Rolle der UNO zu stärken, während man alle Versuche abwehre, innerhalb der Staatengemeinschaft nach Führern und Geführten zu unterscheiden.

Um gemeinsame politische Ziele voranzutreiben, werde man die Kooperation in wichtigen regionalen und internationalen Fragen ausbauen. Dies gelte im besonderen Maße im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO), deren Gründungsmitglieder beide Staaten sind. Die SCO gilt beiden Staaten als Prototyp neuer regionaler Organisationen, die auf der Grundlage nicht exklusiver Mitgliedschaft die regionale Integration vorantreiben könnten, sich dabei jedoch nicht gegen Dritte richteten. In einem zweiten Schritt sollten Verflechtungen zwischen einzelnen Regionalorganisationen gefördert werden, welche in einem Abstimmungsprozess letztlich in Ausarbeitung einer für alle Staaten gleichermaßen akzeptable neue politische und wirtschaftliche Weltordnung einmünden solle.

Daneben wurden mehrere Abkommen im Bereich der Wirtschaft abgeschlossen. So soll beispielsweise die Zusammenarbeit im Bereich der Militärtechnologie weiter ausgebaut werden. Enttäuscht wurde Hu Jintao hingegen im Hinblick auf Chinas Wunsch nach einer Beteiligung chinesischer Ölkonzerne an der Exploration von Vorkommen auf russischem Territorium. Als Ergebnis seiner Unterredungen konnte Hu im Energiebereich lediglich die Zusage

des russischen Staatskonzerns Rosneft mit nach Hause nehmen, seine Lieferungen bis zum Jahr 2006 von vier auf neun Mio. Tonnen auszuweiten. Im Zusammenhang mit der geplanten russischen Pipeline nach Fernost sagte China Investitionen von 1,5 Mrd. US\$ zu, um doch noch eine Trassenführung im chinesischen Sinn zu erwirken. Eine endgültige Entscheidung steht nach wie vor aus, denn es seien noch viele Details zu klären, hieß es zum Abschluss des Staatsbesuchs. (WSJ, 30.6., 1.7., 3.7.05; FAZ, 30.6.05; SCMP, 2.7.05; XNA, 1.7.05; HB, 4.7.05; Xinhua, 1./3.7.05, nach BBC PF, 3./5.7.05)

2 Erweiterte SCO macht Front gegen die USA

Hatten sich China und Russland im Rahmen des Staatsbesuchs Hu Jintaos bei seinem Amtskollegen Putin noch darauf beschränkt, die Kritik an den USA in die allgemeine Sorge um die derzeitige politische Weltordnung zu kleiden, wurde man auf der Tagung der Shanghai Cooperation Organization Anfang Juli in Astana konkret. Die Vollmitglieder der SCO forderten die USA und die NATO direkt zur Beendigung ihrer zeitweiligen Nutzung der militärischen Infrastruktur sowie zum Abzug ihrer Truppen aus Kirgisien und Usbekistan auf. Zur Begründung hieß es, die aktive Phase der Bekämpfung des Terrorismus in Afghanistan sei abgeschlossen, eine Truppenstationierung der USA in Zentralasien mithin nicht mehr notwendig.

Zwar hatten China und Russland die amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien schon seit längerer Zeit mit Argwohn betrachtet, doch wurde diese Aufforderung zum Rückzug an die Adresse der USA offenbar erst kürzlich durch einen politischen Schwenk des usbekischen Präsidenten Karimow ermöglicht, der bisher von der Truppenstationierung eher profitiert hatte. Nach der heftigen Kritik des Westens und der andererseits unterstützenden Haltung Russlands und Chinas gegenüber der Niederschlagung des Aufstands von Andijan schlug sich Karimow im In-

teresse der eigenen Machterhaltung voll auf die Seite der beiden führenden Staaten der Organisation.

Nun wird von den USA offiziell ein konkreter Zeitplan für den Abzug ihrer Verbände aus Usbekistan und Kirgisien gefordert und signalisiert Washington damit, dass eine andauernde Präsenz in der Region nicht erwünscht ist. Insgesamt haben die USA in der Region einiges an Prestige verloren. Die Kapazitäten des US-Militärs zur Lösung drängender Probleme werden zunehmend angezweifelt, da sich die Taliban offensichtlich zunehmend wieder als kämpfende Truppe formieren und sich die von den USA dominierte Koalition gegen den Terror als weitgehend unfähig in der Bekämpfung von Drogenschmuggel und transnationaler Kriminalität erwiesen hat.

Wie nicht anders zu erwarten widersprach US-Außenministerin Condoleezza Rice der Forderung nach einem Abzug amerikanischer Truppen aus dem Gebiet kategorisch, da die Zeit hierfür nicht reif und Afghanistan noch nicht hinreichend stabilisiert sei. Das afghanische Volk wünsche vielmehr weiterhin die Hilfe der Vereinigten Staaten. Wie lange diese Haltung noch aufrechtzuhalten sein wird, ist fraglich, bedenkt man auch die Vergrößerung der SCO um neue Beobachterstaaten, die die Organisation im Falle einer engeren Integration zu einem wirklichen Machtfaktor in der Region werden lassen könnte.

Waren auf dem Treffen in Astana Vertreter der Mongolei bereits offiziell als Beobachter mit von der Partie, so nahmen auch erstmals Indien, Pakistan und Iran teil. Diese drei Staaten erhalten ebenfalls Beobachterstatus. Von chinesischer Seite wird hier eine Stärkung der eigenen wie auch die Entwicklung einer gemeinsamen Position in der Region erwartet – nicht zuletzt gegen den Einfluss der Vereinigten Staaten. Die dem chinesischen Außenminister zufolge zwischen den Beobachtern Indien und Pakistan bestehenden Konflikte, stehen einer stärkeren regionalen Integration nicht im Wege. Vielmehr könne die SCO eine Plattform zur

Überwindung dieser Gegensätze bilden. (ST, 5.7.05; IHT, 6.7.05; FAZ, 7.7.05; NZZ, 6.7.05; SCMP, 2.7.05; WSJ, 4.6., 1.7., 8.7., 10.7.05; PTI news service, 2.6.05, nach BBC PF, 3.6.05; RMRB online, 8.7.05, nach BBC PF, 9.7.05)

3 Einbindung Indiens jetzt auch gemeinsam mit Russland

Indien hatte schon seit längerer Zeit sein Interesse an einer Kooperation mit der wesentlich von China initiierten Shanghai Cooperation Organization bekundet. Bis vor kurzem schien es, als sei die Volksrepublik darüber nicht besonders glücklich. Alles deutete darauf hin, dass China eine wie auch immer geardete Teilnahme Indiens an der Organisation nicht wünschte. Im Zuge der jüngsten Fortschritte in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen scheint sich auch hier ein Wandel vollzogen zu haben.

Anfang Juli nahm in Kasachstan mit Außenminister Singh erstmals ein Vertreter der indischen Regierung an einem offiziellen Treffen der SCO teil. Hu Jintao, der die chinesische Seite vertrat, erklärte, sein Land werde eng mit Indien zusammenarbeiten, welches bald den erwünschten Beobachterstatus erhalten werde. Hu machte nach einem Gespräch mit Singh klar, wie dieses Entgegenkommen Chinas zu verstehen ist: Er sei überzeugt, die SCO werde sich als neue Plattform für die Stärkung der bilateralen Kooperation zwischen China und Indien erweisen.

Eine weitere solche Plattform für eine engere Abstimmung mit Indien wird derzeit offensichtlich auch gemeinsam mit Russland vorbereitet. Bereits Anfang Juni hatte es hier ein Treffen der Außenminister der drei Staaten in Wladiwostok gegeben. Dabei wurde eine enge trilaterale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bekämpfung von Terrorismus aber auch Drogenschmuggel vereinbart. Im Abschlussdokument heißt es im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung, al-

le Erscheinungsformen dieses Phänomens müssten gleichermaßen bekämpft werden, und es dürfe hier keine Doppelmentalität geben.

Während Russland zunächst von einem Dialog in Sicherheitsfragen sprach und eigentlich das größere Potenzial in den Sektoren Energie und Handel erkennt, soll diese trilaterale Kooperation laut Li Zhaoxing den Charakter einer neuartigen Allianz haben. Die drei Länder, so der chinesische Außenminister, würden eine strategische Partnerschaft errichten, die jedoch gegen kein anderes Land gerichtet sei. Im wirtschaftlichen Bereich wird Indien im ersten Quartal 2006 als Gastgeber für das erste trilaterale Wirtschaftsforum der drei Staaten fungieren.

Das chinesische Werben um Indien unter Einbeziehung des strategischen Partners Russland vollzieht sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund ähnlicher Einbindungsstrategien der Vereinigten Staaten. Eine Studie des National Intelligence Council zur Entwicklung der internationalen Politik kam zu dem Ergebnis, der Aufstieg Chinas und Indiens zu neuen Hauptakteuren der internationalen Politik sei nicht nur mehr als wahrscheinlich, sondern werde die geopolitische Landschaft bereits in naher Zukunft stark verändern. Eigentlich keine neue Erkenntnis, scheint diese Prognose jedoch in zunehmendem Maße ins Zentrum der Außenpolitik sowohl der USA als auch Chinas zu rücken. (FAZ, 3.6.05; ITAR-TASS, 18.6.05, nach BBC PF, 19.6.05; XNA, 5.7.05; IHT, 19.7.05; PTI news service, 2.6.05, nach BBC PF, 3.6.05)

4 Wieder einmal US-Kritik an chinesischer Aufrüstung

Relativ hohe Wellen schlug im Juli ein Bericht des Pentagon über chinesische Rüstungsanstrengungen. Darin wird – kein neuer Vorwurf – der chinesischen Regierung vorgehalten, die offiziellen Zahlen des Verteidigungsbudgets spiegeln lediglich etwa ein Drittel der realen Verteidigungsausgaben wider. Besorgniserregend sei, so das Penta-

gon, dass die beschleunigte Aufrüstung bereits das militärische Kräftegleichgewicht in der Taiwan-Straße zugunsten Chinas verändert habe und auch für andere in der Region operierende Mächte eine zunehmend ernst zu nehmende Bedrohung darstelle. Das US-Verteidigungsministerium sieht – interpretiert man die Pentagon-Studie – damit längerfristig ihre eigenen Verbände und damit auch ihre Stellung als Ordnungsmacht in der Region gefährdet, obgleich der Bericht zu dem Schluss kommt, dass die konventionelle militärische Macht der VR China gegenwärtig noch auf die unmittelbare Peripherie des Landes beschränkt ist.

Das amerikanische Verteidigungsministerium äußerte weiterhin, man habe angesichts der Aufrüstung gegenüber Taiwan erhebliche Zweifel am Willen der chinesischen Regierung, die Taiwan-Frage friedlich zu lösen. Beijing halte sich offensichtlich eine militärische Option offen – auch das letztlich keine neue Erkenntnis und im Einklang mit entsprechenden mehr oder weniger verklausulierten Verlautbarungen aus der chinesischen Regierung selbst. Das gezeichnete Bedrohungsszenario reicht jedoch noch weiter. Trotz der häufig wiederholten Appelle Beijings, keinen Rüstungswettlauf im Weltraum zu initiieren und diesen vielmehr als demilitarisierten Raum zu erhalten, investiere die chinesische Regierung massiv in Satelliten- und Aufklärungstechnik sowie in Boden-Luft-Raketensysteme, die geeignet seien, Satelliten anderer Staaten anzugreifen.

In dem Pentagon-Bericht werden drei verschiedene Szenarien entwickelt, wie sich die VR China künftig unter militärischen und strategischen Gesichtspunkten entwickeln könnte. Möglich wäre sowohl eine friedvolle Integration in das bestehende geopolitische System, begleitet von friedlichem Wettbewerb. Die zweite Möglichkeit sei von der dominanten Ausübung der Macht und der gleichzeitigen Ausweitung der eigenen Einflussphäre gekennzeichnet, während das dritte Szenario eine weniger selbstsichere und

angesichts interner Herausforderungen weitgehend nach innen gewannte Macht heraufbeschwört. Die Gefahren, die im Aufstieg Chinas liegen, seien im Wesentlichen in einem übersteigerten Nationalismus im Zuge ökonomischer Erfolge und wachsenden politischen Gewichts, aber auch in gleichzeitigen strukturellen wirtschaftlichen Defiziten und der möglichen Unfähigkeit zur Anpassung an die Mechanismen des freien Marktes zu suchen.

Bereits Anfang Juni hatte US-Verteidigungsminister Rumsfeld einige Einschätzungen der Studie vorgezogen. Er hatte sich besorgt über die militärische Expansion Chinas geäußert und insbesondere darauf hingewiesen, dass die VR China inzwischen über Raketensysteme verfüge, mit denen sie längst nicht mehr nur ihren unmittelbaren geographischen Einflussbereich erreichen könne. Die Entwicklung moderner Militärtechnologien erfordere erhöhte Aufmerksamkeit auf Seiten der USA. Insgesamt, so Rumsfeld weiter, fühlten sich die Vereinigten Staaten jedoch nicht von China bedroht. Seine Ausführungen bezögen sich vielmehr in erster Linie auf die Taiwan-Frage.

Aus China selbst wurden diese Vorwürfe in gewohnter Weise gekontert. Ebenfalls bereits in der ersten Junihälfte hieß es dort, die Militärausgaben folgten lediglich dem Wirtschaftswachstum und dienten in erster Linie der Verbesserung der Lebensumstände des militärischen Personals. Die über mehrere Jahre in Folge vorgenommenen Steigerungen im Militärhaushalt dienten darüber hinaus der organisatorischen Reform der Streitkräfte. Im Rahmen des Gesamtprojekts der Modernisierung der Streitkräfte seien für Wafenkäufe und -entwicklung nur moderate Ausgabensteigerungen vorgenommen worden, um mit der beschleunigten Militärentwicklung in der Welt Schritt zu halten. Erinnert wurde auch daran, dass der offizielle Militärhaushalt der USA 18-mal größer sei als der Chinas und die Vereinigten Staaten pro Kopf der Bevölkerung sogar 77-mal mehr ausgaben als die Volksrepublik.

Die Falken in Washington können derartige Beschwichtigungen freilich nicht überzeugen. Ende Juli wurde unter dem Eindruck des Pentagon-Berichts im dritten Anlauf der sog. East Asia Security Act 2005 gebilligt. Dieses Gesetz sieht Strafmaßnahmen gegen alle Unternehmen und auch Regierungen anderer Staaten vor, die waffenrelevante Produkte an China liefern, obwohl sie bereits im Vorfeld wissen, dass diese Produkte oder Materialien für den militärischen Einsatz bestimmt sind. Viele Beobachter sehen in der Verabschiedung dieses Gesetzes trotz einer erheblichen Abschwächung der ursprünglichen Vorlage eine wachsende antichinesische Stimmung im amerikanischen Kongress. (XNA, 9.6.05; HB, 17.6.05; Kyodo News Service, 4.6.05, nach BBC PF, 5.6.05; WSJ, 7.7.05; ST, 21.7.05)

5 Chinesisch-israelische Beziehungen unter dem Schatten der USA

Der chinesische Außenminister Lin Zhaoxing war im Juni Gast seines Amtskollegen in Israel. Beide waren sichtlich darum bemüht, das pragmatisch gute Verhältnis zwischen beiden Staaten durch persönliche Gesten zu unterstreichen. So zeigten sich beide der Presse etwa im T-Shirt in einem freundschaftlichen Tischtennispiel. China wünscht einen Ausbau insbesondere der Wirtschaftsbeziehungen zu Israel und wird Israel den Status einer offiziellen Tourismusdestination verleihen. Beide Seiten erklärten darüber hinaus in gegenseitigem Einvernehmen, zukünftig werde es keine Visapflicht für Reisende in diplomatischen und sonstigen offiziellen Angelegenheiten mehr geben.

Im Zentrum stand jedoch, obwohl dies offiziell unausgesprochen blieb, ein anderes Thema. Zeitgleich mit Li weilte US-Außenministerin Rice in Israel, um das Land davon zu überzeugen, seine Waffenverkäufe an China zu überdenken. Bereits zuvor hatten die USA in dieser Frage Druck auf Israel ausgeübt. Aktuell entzündete sich ein Disput über eine Reihe von unbemannten Flugzeu-

gen (Dronen) israelischer Produktion, die – ursprünglich in den neunziger Jahren an China verkauft – bereits im vergangenen Jahr von China nach Israel verschifft worden waren, um dort dem Vernehmen nach gewartet zu werden. Nach Ansicht der Vereinigten Staaten handelt es sich bei diesen Wartungsarbeiten jedoch um eine Modernisierung der Systeme.

Hatte der israelische Außenminister Shalom angesichts seines Dilemmas zwischen den USA und China bereits während des Besuchs seines chinesischen Amtskollegen von einer Krise mit den USA gesprochen, so beugte sich Israel Ende Juli Presseberichten zufolge dem amerikanischen Druck, kündigte den Vertrag mit China auf und konfiszierte Kernbauteile der Dronen. Condoleezza Rice hatte zuvor auf einer Konferenz in Washington auch mit Hinweis auf diesen Fall erklärt, man dürfe China keine Schritte in Richtung einer militärischen Eskalation erlauben, und Israel sei verpflichtet in dieser Sache Rücksichten auf die Interessen der USA zu nehmen. China reagierte mit einem offiziellen Protest gegen die Einflussnahme auf die chinesisch-israelischen Beziehungen von außen. Es sei wichtig, derartige Einmischungen von unbeteiligten Dritten zu überwinden.

Viel Aussicht auf Erfolg dürfte dieser Appell an Israel angesichts der Sanktionsdrohungen seitens der USA jedoch nicht haben. Bereits im Jahr 2000 hatte der Druck der USA dazu geführt, dass Israel einen bereits besiegelten Verkauf von Aufklärungsflugzeugen an China rückgängig machen musste. Das Ergebnis war eine ernsthafte Belastung der israelisch-chinesischen Beziehungen und – angesichts eines vereinbarten Vertragsvolumens von etwa zwei Mrd. US\$ – die Zahlung einer Konventionalstrafe in Höhe von mehreren Millionen Dollar. (WSJ, 19.6., 26.6., 27.7.05; IHT, 21.6.05; ST, 21.6.05; Xinhua, 16./20.6.05, nach BBC PF, 17./21.6.05)

6 China setzt auch auf *soft power*-Kapazität

Die chinesische Regierung widmet sich in ihrer Außenpolitik schon seit einigen Jahren der Entwicklung von *soft power*-Kapazitäten. Dazu zählt nicht zuletzt die auswärtige Kulturpolitik, die bestens geeignet scheint, die Volksrepublik im Ausland im besten Licht darzustellen. Traditionell dienen dazu beispielsweise chinesische Kulturwochen, die in der jüngeren Vergangenheit nicht nur in einer Reihe von europäischen Staaten einem möglichst breiten Publikum ein positives Bild Chinas vermitteln sollten. Auch auf dem Territorium des strategischen Partners Russland soll ein China-Monat im nächsten Jahr das positive Selbstbild verbreiten.

Längst sind es jedoch nicht mehr Gongfu-Vorführungen, chinesischer Zirkus oder die Beijing-Oper, mit denen Beijing im Ausland versucht, ein positives Bild von Land und Leuten zu verbreiten und eine positive Stimmung gegenüber der eigenen Politik zu erzeugen. Moderne Massenmedien rücken offenbar immer mehr ins Zentrum der Überlegungen. In einer Zeit, da beispielsweise der deutsche Auslandsrundfunk unter Legitimations- und Kostendruck gerät, weitet China seine Aktivitäten hier aus. Nach Angaben von Xinhua erfreut sich Chinese Radio International in den Sprachen Suaheli, Arabisch, Hausa, Englisch, Französisch und Chinesisch (einschl. Sendungen in Kantonisch und Hakka) in Afrika großer Beliebtheit. Als Gründe dafür werden Großprogramme für Zuhörer aber auch die von westlichen Auslandssendern abweichende Perspektive der Berichterstattung insbesondere über Afrika selbst genannt. Zusätzlich zu den Radiosendungen wurde von China Radio International in diesem Jahr auch eine Zeitung mit dem Titel *Bridge of Friendship* für den afrikanischen Markt konzipiert. Begründet werden diese Aktivitäten in erster Linie mit der Notwendigkeit, die Interpretation des Weltgeschehens aus Sicht der chinesischen Regierung zu verbreiten.

In ähnlicher Weise sind auch Kooperationsabkommen mit Partnern in anderen Weltregionen zu interpretieren. Erst kürzlich wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen China und Syrien unterzeichnet, die den Austausch von Rundfunk- und Fernsehprogrammen der Sparten Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Tourismus etc. sowie die gemeinsame Produktion von Programmen vorsieht. Anfang Juni vereinbarte auch die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua beispielsweise eine Zusammenarbeit mit der polnischen Presseagentur PAP. Auch hier sollen Agenturmeldungen ausgetauscht werden. (XNA, 2.6., 13.6., 1.7.05)

7 Chinesische Überläufer in Australien

Anfang Juni wurde bekannt, dass Chen Yonglin, Erster Sekretär des chinesischen Generalkonsulats in Sydney, Ende Mai das Konsulat verlassen und für sich selbst und seine Familie politisches Asyl in Australien beantragt hatte. Er begründete dieses Begehren damit, dass er die Aufgabe gehabt habe, chinesische Emigranten und Dissidenten in Australien zu beobachten, er diese Arbeit angesichts zahlreicher Fälle von Kidnapping, Inhaftierungen und Hinrichtungen von Dissidenten in China sowie aufgrund der Tatsache, dass die chinesische Regierung seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 nichts für die Verbesserung der Menschenrechtsslage getan habe, nicht länger mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Dem Vernehmen nach war Chen als Student Teilnehmer der Demonstrationen in Beijing 1989 gewesen und war in den chinesischen diplomatischen Dienst eingetreten, nachdem er umerzogen worden war.

Der Fall wurde erst bekannt, nachdem Chen Anfang Juni öffentlich auf einer Demonstration zum Gedenken an die Opfer der Demokratiebewegung von 1989 aufgetreten war. Chen begründete diesen Auftritt damit, dass sein Asylbegehren von den australischen Behörden abgelehnt worden sei. Darüber hinaus

prangerte er an, die chinesische Regierung unterhalte in Australien ein Netz von mehr als 1.000 Spionen und Agenten und sei in die Verschleppung von Chinesen in Australien verwickelt. Im Falle einer Repatriierung nach China fürchte er um seine und die Sicherheit seiner Familie.

Die australische Regierung verweigerte zunächst jede Kommentierung des Falles. Der australische Außenminister Downer erklärte einige Tage später jedoch, Chen wäre besser beraten, nicht um politisches Asyl nachzusuchen, sondern Abschiebungsschutz zu beantragen, was dieser im zweiten Anlauf auch tat. Offensichtlich war die australische Regierung daran interessiert, das Problem beizulegen, ohne die chinesische Regierung zu verärgern. Das Gewähren von Abschiebungsschutz für Chen wurde als weitaus weniger provokativ angesehen als politisches Asyl. Am 8. Juli wurde Chen ein ständiges Aufenthaltsrecht in Australien zugesprochen.

Die chinesische Regierung verwahrte sich gegen die Anschuldigungen Chens und gab als Grund für dessen Asylantrag an, er wolle sich damit der Rückversetzung nach China widersetzen, die nach vierjähriger Dienstzeit im Konsulat von Sydney turnusmäßig bevorstand. Auch die Entscheidung der australischen Einwanderungsbehörde, Chen einen Aufenthaltstitel zuzugestehen, wurde von chinesischer Seite unter Hinweis auf mögliche Implikationen für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen heftig kritisiert.

Presseberichten zufolge war Chen jedoch nicht der einzige chinesische Staatsbedienstete, der in diesem Jahr politisches Asyl begehrte und mit einem Abschiebungsschutz beschieden wurde. Bereits im Februar hatte Hao Fengjun, ein Polizist aus Tianjin, der als Tourist eingereist war, einen Asylantrag gestellt. Er hatte diesen mit gewalttätigen Übergriffen gegen Dissidenten durch Kollegen begründet, die er nicht länger mittragen könne. Pikanterweise bestätigte Hao dem Fernsehen gegenüber die Anschuldigungen Chens gegen den chinesischen Staat. Er

selbst sei vor seiner Ausreise mit der Auswertung von Informationen beschäftigt gewesen, die von chinesischen Agenten in Australien und anderen westlichen Ländern gesammelt werden.

In der Presse wurden Vermutungen geäußert, es habe im Hinblick auf die Behandlung des Asylantrags des chinesischen Diplomaten informelle Kontakte zwischen Australien und China gegeben. Insbesondere die australische Regierung hat kein Interesse an einer Belastung der bilateralen Beziehungen, hat sich das Land doch in den letzten Jahren als verlässlicher Lieferant von Kohle, Eisenerz und anderen wichtigen Basismetallen für China profiliert. Ab 2006 sollen nun auch Flüssiggaslieferungen für die energiehungrige chinesische Wirtschaft hinzukommen, und auch über mögliche Uranexporte sollen bereits Gespräche geführt werden. Darüber hinaus gibt es Überlegungen im Hinblick auf eine australisch-chinesische Freihandelszone, deren mögliche Errichtung jedoch noch eines mehrjährigen Vorlaufs bedarf. (ST, 5.6., 10.6.05; SCMP, 5.6., 9.6.05; WSJ, 6.6., 8.6., 8.7., 12.7.05; NZZ, 14.6., 15.7.05; Radio Australia, 7./9.6.05, nach BBC PF, 8./10.6.05)

8 Verhärtete Fronten im Ostchinesischen Meer

Zunächst war es Anfang Juni Japan, das gegen die Fortsetzung chinesischer Gasbohrungen im Ostchinesischen Meer protestierte. Zwar finden die Bohrungen unzweifelhaft auf chinesischem Territorium statt, doch vermutet man in Japan, dass eine mögliche Ausbeutung auch unterseeisch verbundene Vorkommen in dem zwischen Japan und China umstrittenen und von beiden Staaten gleichermaßen beanspruchten Seegebiet betreffen werde. Die chinesische Regierung lehnte die Einstellung der Bohrungen zwar rundheraus ab, schlug jedoch in geradezu versöhnlicher Manier gemeinsame Explorationen in der Region vor.

Als Ende Juni dann auch die japanische Regierung die Vergabe von konkreten Bohrlizenzen ankündigte, er-

klärte das chinesische Außenministerium, man wünsche eine gemeinsame Erschließung der Vorkommen, solange keine Einigung über die territoriale Demarkation in dem betreffenden Seegebiet hergestellt werden könne. An Japan gewandt hieß es weiter, beide Seiten sollten jedoch in jedem Fall unilaterale Handlungen unterlassen. Nachdem die japanische Regierung dessen ungeachtet am 14. Juli bekannt gab, dass die Teikoku Oil Co. die Genehmigung erhalten habe, in den von Japan beanspruchten Gewässern nach Erdgas zu bohren, blieb der chinesischen Regierung nur ein offizieller Protest. Das Außenministerium in Beijing bestellte ein Mitglied der japanischen Botschaft ein und protestierte in aller Form gegen die ernste Provokation und die Verletzung der chinesischen Souveränität. Der Konflikt zwischen Japan und China geht damit in die nächste Runde, eine Annäherung der Positionen ist nicht absehbar. (WSJ, 1.6., 30.6., 14.7., 15.7.05; SCMP, 15.7.05)

Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

9 „Aufwertung“ des NVK zur Konsolidierung kommunistischer Einparteiherrschaft

Das Zentralkomitee der KPCh hat Mitte Juni 2005 ein Dokument zur institutionellen Reform des Nationalen Volkskongresses vorgelegt, das in den staatlichen Medien als historischer Meilenstein in der Entwicklung des sozialistischen politischen Systems der VR China markiert wurde. Die Inhalte des ZK-Dokuments mit dem Titel „Verschiedene Ansichten zur weiteren Entfaltung der Rolle der NVK-Abgeordneten und der Stärkung der institutionellen Entwicklung des Ständigen Ausschusses des NVK“ wurde zwar nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht, in der chinesischen Pres-